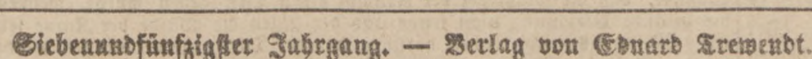
Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 146. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 27. März 1876.



Deutschland.

Berlin, 25. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kaufmann Albrecht Wedekind zu Rom und dem Landschaftsmaler Edmund Kanoldt aus Groß-Rudestadt im Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach zur Zeit in Moskau, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den früheren Gesandten in Darmstadt, Geheimen Legationsrath v. Wentzel, zu Allerhöchstseinem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei den großherzoglichen Höfen von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, sowie bei den freien Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg mit dem Amtssitze in Hamburg ernannt.

Se. Majestät der König hat den seitherigen Bürgermeister zu Kirchberg, Friedrich Havenstein, in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Barmen getroffenen Wahl, als besoldeten Beigeordneten der Stadt Barmen für die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren; und der von der Stadtverordneten-Versammlung zum Remscheid getroffenen Wahl gemäß den Christian Ziegler, Heinrich Paß und August Ibach daselbst als unbesoldete Beigeordnete der Stadt Remscheid für die gesetzliche sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

In Folge anderweiter Organisation der Betriebsverwaltung der Oberschlesischen Eisenbahn sind folgende Beamten und zwar der Königliche Eisenbahn-Bauinspector Sellin von Streblen nach Inowraclaw, sowie die Königlichen Eisenbahn-Baumeister Schaper von Breslau nach Oppeln, Täglichsbeck von Mittelwalde nach Neisse, Piossek von Rybnik nach Ratibor und Horwicz von Glatz nach Breslau versetzt worden. — Der Königliche Kreisbaumeister Adolf Krone zu Bitburg, Regierungsbezirks Trier, ist in gleicher Amtseigenschaft nach Neuhaldensleben versetzt worden.

Dem Kreisgerichts-Rath Menzel in Bolkenhein ist die Function als Dirigent der dortigen Gerichtsdeputation übertragen. — Versetzt sind: der Kreisgerichts-Rath Wackermann in Krotoschin an das Kreisgericht in Posen, der Kreisrichter von Gagern in Kirchhundem an das Kreisgericht in Siegen, mit der Function als Gerichts-Commissar in Hilchenbach, der Kreisrichter Pilchowski in Arys an das Kreisgericht in Tilsit und der Amtsrichter Röpke in Sörgel an das Amtsgericht in Leer. — Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichtsassessor Freusberg bei dem Kreisgericht in Altenkirchen, der Gerichts-Assessor Gräfe bei dem Kreisgericht in Rybnik, der Gerichts-Assessor Surminski bei dem Kreisgericht in Neidenburg und der Gerichts-Assessor Schultz bei dem Kreisgericht in Osterode. — Zu Amtsrichtern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Hellbach bei dem Amtsgericht in Kirchhain, der Gerichts-Assessor Lauenstein bei dem Amtsgericht in Burgwedel, der Gerichts-Assessor Metger bei dem Amtsgericht in Duderstadt, der Gerichts-Assessor Schwerdfeger bei dem Amtsgericht in Geestemünde, der Gerichts-Assessor Schwake bei dem Amtsgericht in Bremervörde und der Gerichts-Assessor Schlemm bei dem Amtsgericht in Burgdorf. — Die nachgesuchte Dienstentlassung ist ertheilt: dem Kreisgerichts-Rath Dr. Güllich in Bergen, mit Pension, dem Amtsrichter Bünz in Eddelack behufs Uebertritts zur Communalverwaltung und dem Kreisrichter von Natzmer in Peitz behufs Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung. — Dem Staatsanwalt Woytasch in Halle a. d. S. ist die Stelle des Staatsanwalts bei den Kreisgerichten in Halle a. d. S., Delitzsch und Eilenburg, unter Beibehaltung seines Wohnsitzes in Halle a. d. S., verliehen. — Der Staatsanwaltsgehilfe Gelinek in Schweidnitz und der Staatsanwaltsgehilfe de la Croix in Morungen sind zu Staatsanwalten, der Gerichts-Assessor Hacker zum Staatsanwalts-Gehilfen bei der Staatsanwaltschaft des Kreisgerichts in Tilsit ernannt.

Berlin, 25. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute Vormittag in Gegenwart des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen, emfingen den General-Feldmarschall Grafen Moltke, sowie den Commandeur und eine Deputation des Offiziercorps des Kürassier-Regiments Königin (Pommersches) Nr. 2, welche die Ehre hatten, den Dank des Offizier-Corps für eine demselben Allergnädigst verliehene, an der Kartusche zu tragende Auszeichnung abzustatten, und hörten den Vortrag des Civil-Cabinets.

Um $12\frac{1}{2}$ Uhr nahmen Se. Majestät den Besuch Sr. Hoheit des Prinzen Alexander von Hessen, welcher auf der Durchreise hier eingetroffen ist, entgegen.

Gestern fand im Kaiserlichen Palais ein größeres Diner statt. — Ihre Majestät die Kaiserin-Königin erschien Abends mit Ihren Königlichen Hoheiten den Großherzoginnen von Sachsen und von Baden und der Erbprinzessin von Hohenzollern in der Generalversammlung des Vaterländischen Frauen-Vereins.

Heute war Ihre Majestät mit Ihren Hohen Gästen in der Kaiserin Augusta-Stiftung in Charlottenburg anwesend, und traf nachher mit Sr. Majestät dem Kaiser und König in der Blumenausstellung der Flora zusammen. — Ein kleines Familiendiner findet heute auf dem Königlichen Schlosse statt.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] geleitete gestern früh $8\frac{1}{2}$ Uhr Se. Großherzogliche Hoheit den Prinzen Ludwig von Hessen nach dem Potsdamer Bahnhofe. Im Laufe des Vormittags empfing Höchstderselbe Se. Durchlaucht den Fürsten zu Salm-Horstmar, den General der Infanterie und commandirenden General des IV. Armeecorps v. Blumenthal, den General-Lieutenant v. Voigts-Rhetz, Commandeur der 20. Division, und einige andere Offiziere zur militärischen Meldung. Abends $6\frac{1}{2}$ Uhr besuchte Se. Kaiserliche Hoheit die Vorstellung im Schauspielhause und begab Sich um $9\frac{1}{2}$ Uhr zum Thee zu Ihren Majestäten. (Reichsanz.)

[Se. Majestät der Kaiser] gedenkt nach dem Gebrauch der Kuren in Wiesbaden, Ems, Baden rc. an den Herbstmanövern in hergebrachter Weise Theil zu nehmen. Bis jetzt steht es bereits fest, daß der Kaiser das königlich sächsische Armeecorps inspiciren wird, beabsichtigt ist indessen auch eine Theilnahme des Kaisers an den großen Manövern der baierischen und württembergischen Truppen.

[Mit Bezug auf die wiederholten Besprechungen] zwischen dem russischen Botschafter am englischen Hofe und dem Fürsten Reichskanzler glauben wir nicht unerwähnt lassen zu sollen, daß in neuerer Zeit die nordschleswig'sche Frage in hiesigen höheren Kreisen wieder mehrfach den Gegenstand von Erörterungen gebildet hat. Wie wir bereits meldeten, hat auch Fürst Bismarck bei dem jüngsten parlamentarischen Diner dieser Frage Erwähnung gethan und soll dabei auf die gegenseitige Begrenzung verwandtschaftlicher Beziehungen und diplomatischer Rücksichten hingewiesen haben. Graf Schuwaloff gilt wegen seiner Stellung zu den Höfen von St. Petersburg und London als besonders vertraut mit den Wünschen der englischen wie der russischen Herrscherfamilie.

[Generalfeldmarschall Graf Moltke] hat zur Herstellung seiner angegriffenen Gesundheit einen sechsmonatlichen Urlaub erhalten; zuvörderst begiebt sich Graf Moltke, wie bereits gemeldet, nach Oberitalien, um dann längere Zeit auf seinem Gute Kreisau in Schlesien zu verbleiben. Während seiner Abwesenheit versieht der Chef der kriegsgeschichtlichen Abtheilung im Generalstabe, Graf v. Wartensleben, die Geschäfte des Chefs des Generalstabes.

[Bescheid.] Der „Neue evangel. Gemeindebote" veröffentlicht den Wortlaut des Allerhöchsten Bescheides auf die Immediat-Eingabe einiger Mitglieder der Generalsynode in der Trauungs-Angelegenheit; der Erlaß lautet:

Auf den Bericht vom 24. v. M. erkläre Ich Mich damit einverstanden, daß eine Abänderung sowohl des mit Meiner Ermächtigung von dem Evangelischen Ober-Kirchenrathe unterm 24. September 1874 eingeführten provisorischen Trauungs-Formulars als auch der auf die Wiedertrauung geschiedener Personen Anwendung findenden Bestimmungen der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 lediglich im Wege der kirchlichen Gesetzgebung stattzufinden hat, wie denn auch Mein Commissarius vor der versammelten Synode das dringende Verlangen kundgegeben hat, die Trauungs-, beziehentlich Wiedertrauungs-Frage mit der ersten ordentlichen General-Synode definitiv zu regeln. — Ich kann übrigens Mein Befremden nicht zurückhalten, daß diese Immediat-Eingabe unter Beifügung der Unterschriften durch die Zeitungen veröffentlicht worden ist, obwohl unter den Bittstellern viele, zum Theil hochstehende Beamte des Kirchenregiments sich befinden. Ich bin nicht gemeint, das Recht zu beeinträchtigen, Bitten und Beschwerden in gehöriger Form an Mich gelangen zu lassen; — diese Art der Publikation einer Remonstration gegen Anordnungen der obersten Kirchenbehörde von Beamten, denen pflichtmäßig die Aufsicht über die Befolgung derselben obliegt, muß aber die auch im Kirchenregimente unerläßliche Disciplin gefährden, was Ich nicht gestatten kann. Dieser Mein Erlaß ist zur Kenntniß der Betheiligten zu bringen. Anliegend erfolgt die Eingabe (ohne Datum) des Dr. Büchsel und Genossen zurück.

Berlin, den 15. März 1876. gez. Wilhelm.

An den Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten und den Evangelischen Ober-Kirchenrath.

[Eine interessante Aufklärung über „Simplicius Simplicissimus".] Von einem vielgenannten Mitgliede der Fortschrittspartei geht uns folgende Mittheilung zu:

Der „Simplicius Simplicissimus" kann noch immer nicht zur Ruhe kommen. Jedenfalls hat der plumpe Ausfall des Abg. von Schorlemer die gute, gewiß nicht beabsichtigte Folge gehabt, daß das Publikum sich für diesen herrlichen Volksroman wieder zu interessiren und ihn zu lesen anfängt. Die Zeitungen haben bereits eine Reihe von Urtheilen mitgetheilt, welche in unseren bedeutendsten Literaturgeschichten über den Roman gefällt worden sind. Es versteht sich von selbst, daß ihm überall das größte Lob gespendet wird.

Ich will heute diese Auslese durch eine kleine Notiz ergänzen, die gewiß überraschen und vielleicht Herrn von Schorlemer eines Besseren belehren wird.

Aus einer weit verbreiteten Literaturgeschichte citire ich wörtlich folgende Stellen:

„Hätte er (Grimmelshausen, der Verfasser des „Simplicius") zu den gelehrten Poeten gehört, so würde uns gewiß eine lobpreisende Feder mehr über den merkwürdigen Mann berichtet haben. Grimmelshausen war nach Ausweis seines Todesscheines Katholik. Jacob Grimm, dem solches nicht recht ansteht, nimmt ihn wenigstens nach seinen sittlichen und religiösen Anschauungen für den Protestantismus in Anspruch. Es ist wahr, Grimmelshausen's Schriften geben kaum ein positives Glaubensbekenntniß, das frühe Kriegerleben mag die Keime der katholischen Religion für lange Zeit ganz in ihm niedergehalten haben; möglich wäre es auch, daß er, wie sein „Simplicissimus", sich erst in reiferen Jahren der Kirche zugewandt hätte. In Grimmelshausen's Roman Simplicissimus und den sich anschließenden Novellen tritt zuerst in rechtem Glanze eine neue Geisteskraft, der Humor, wieder zu Tage. Aber es ist ein gesunder Humor, nicht der kränkelnde eines Jean Paul . . . der „Simplicissimus" beruht wie Shakespeare's weise Narren und Cervantes' Don Quixote auf humoristischer Weltanschauung. . . . Von diesem ruhmvollen volksthümlichen Streben entfernt er sich leider durch einige gelehrte Romane, . . . dafür sind sie auch veraltet, während der „Simplicissimus" mit seinen Gesellen noch immer jung geblieben ist. Sogar das vorige Jahrhundert konnte ihn etwas modernisirt ertragen, Ed. von Bülow, Wolff haben ihn erneuert, Adalbert Keller hat die Mitglieder des Stuttgarter Literarischen Vereins mit getreuen Abdrücken des Originals erfreut, H. Kurtz endlich hat die Originale einem weiteren Leserkreise zugänglich gemacht."

Und wer ist es, der diese Kritik geschrieben? Wer ist es, der sich ängstlich bemüht, den Verfasser des „Simplicissimus" für den Katholicismus zu dessen Ehre in Anspruch zu nehmen, der sich darüber freut, daß das Werk (nicht der gemilderte Auszug, sondern das Original mit allen seinen derben Stellen) in immer weiteren Kreisen verbreitet wird? Das schreibt in seiner „Geschichte der deutschen Literatur" der katholische Oberpfarrer Dr. Wilhelm Lindemann, gegenwärtig Mitglied der Centrumsfraction im Abgeordnetenhause.

(N.-L. C.) [Der nunmehr vorliegende Gesetzentwurf, betreffend die Uebertragung der Eigenthums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das Deutsche Reich] hat folgenden Wortlaut: § 1. Die Staatsregierung ist ermächtigt, mit dem Deutschen Reiche Verträge abzuschließen, durch welche 1) die gesammten in Bau oder Betriebe befindlichen Staatseisenbahnen nebst allem Zubehör und allen hinsichtlich des Baues oder Betriebes von Staatseisenbahnen bestehenden Berechtigungen und Verpflichtungen des Staates gegen angemessene Entschädigung kaufweise dem Deutschen Reiche übertragen werden; 2) alle Befugnisse des Staates bezüglich der Verwaltung oder des Betriebes der nicht in seinem Eigenthum stehenden Eisenbahnen, sei es, daß dieselben auf Gesetz, Concession oder Vertrag beruhen, an das Deutsche Reich übertragen werden; 3) im gleichen Umfange alle sonstigen dem Staate an Eisenbahnen zustehenden Antheils- und anderweiten Vermögensrechte — gegen angemessene Entschädigung — an das Deutsche Reich abgetreten werden; 4) ebenso alle Verpflichtungen des Staates bezüglich der nicht in seinem Eigenthum stehenden Eisenbahnen vom Deutschen Reiche gegen angemessene Vergütigung übernommen werden, und 5) die Eisenbahnaufsichtsrechte des Staates auf das Deutsche Reich übergehen. § 2. Bezüglich der im § 1 unter 1, 3 und 4 erwähnten Vereinbarungen bleibt die Genehmigung der beiden Häuser des Landtags vorbehalten." — In den Motiven wird zunächst ausgeführt, wie die eigenthümliche Gliederung der Eigenthumsverhältnisse der preußischen Eisenbahnen, die mit der Zersplitterung des Gesammtcomplexes in Staatsbahnen und ausgedehnte Privatbahnverwaltungen verbundenen Gefahren seit langer Zeit das Bedürfniß einer gesetzlichen Regelung des Eisenbahnwesens lebhaft habe empfinden lassen. Die Reichsverfassung habe zwar das Eisenbahnwesen der Beaufsichtigung Seitens des Reiches und der Gesetzgebung desselben unterstellt, allein die wiederholten Versuche zu einer gesetzlichen Regelung seien aussichtslos verlaufen. Die preußische Regierung habe also die Pflicht, wenigstens innerhalb ihres eigenen Verkehrsgebietes den vorhandenen Uebelständen auf anderem Wege thunlichst Abhilfe zu verschaffen. Nun sei aber die äußere Gestaltung des preußischen Staats für eine Partikular-Gesetzgebung über das Eisenbahnwesen in hohem Grade ungünstig. Die Mitwirkung der übrigen an dem Verkehrsgebiete der preußischen Eisenbahnen betheiligten Bundesstaaten zu einer gemeinsamen durchgreifenden Gesetzgebung und einer gemeinsamen wirkungsvollen Organisation der Aufsichtsgewalt über das Eisenbahnwesen können nicht leicht anders als auf dem Wege der Reichsgesetzgebung in Anspruch genommen werden. Da jedoch dieser Weg nach dem Ergebniß der bisherigen Versuche wenigstens für längere Zeit als nicht zum Ziele führend zu betrachten sei, so erscheine Preußen genöthigt, dem Beispiel anderer deutscher Staaten zu folgen und die für seine Verhältnisse nothwendige Reform mit Hilfe seines eigenen Eisenbahnbesitzes mit aller Energie zu versuchen. Eingehend wird alsdann ausgeführt, wie sich mit der dichteren Verzweigung des Eisenbahnnetzes und der complicirten Gestaltung der Betriebs- und Verkehrsverhältnisse die Aufgabe für die Gesetzgebung und Beaufsichtigung des Eisenbahnwesens zu einer immer schwierigeren und verantwortungsvolleren gestalte. Sodann wird nachgewiesen, wie ohne den Besitz und die Verwaltung eigener Eisenbahnen in der That eine wirkungsvolle Ausübung der gesetzlichen Reichsgewalt dauernd nicht wohl denkbar sei. Die preußische Regierung wird sich nach dem Ausbau der bereits in Aussicht genommenen Linien im Besitz von im Ganzen ca. 10,000 Kilom. Eisenbahnen befinden und damit die Leitung des Verkehrs auf den bedeutenderen Verkehrsrouten Norddeutschlands wirksam zu beeinflussen im Stande sein. Dann heißt es wörtlich: „Es ist nicht zu verkennen, daß die Verwerthung dieses Einflusses in der Hand der preußischen Regierung die Verkehrsverhältnisse und den Eisenbahnbetrieb benachbarter, von dem preußischen Verkehrsgebiete eingeschlossener Bundesstaaten wesentlich berühren wird. Die Verkehrsleitung, die Tarifstellung, die Betriebs-Organisation der preußischen Staatsbahnen würden innerhalb des ganzen, unter dem Einflusse der dominirenden Staatsbahnlinien stehenden Verkehrsgebietes die vorwiegenden Normen bilden und die Schwierigkeit, die Interessen der räumlich mit betheiligten Bundesstaaten neben den preußischen in gerechter Weise wahrzunehmen, würde überwiegend von der preußischen Regierung nach eigenem Ermessen zu lösen sein. In dieser Erwägung hat die preußische Regierung nicht eher den bezeichneten Weg betreten wollen, als bis die Möglichkeit einer anderen, für die betheiligten Bundesstaaten günstigeren Lösung ausgeschlossen ist. Preußen hält sich für verpflichtet, zunächst dem Reiche die Möglichkeit zu gewähren, seinerseits den Einfluß auszuüben, den andernfalls die preußische Regierung auszuüben genöthigt sein würde. . . . Die höhere Machtstellung des Reiches, die Aufsichtsgewalt über das Eisenbahnwesen innerhalb des weiteren Reichsgebietes und die Vereinigung mit der Verwaltung der elsaß-lothringischen Eisenbahnen werden wesentlich dazu beitragen, dem natürlichen Einfluß der Verwaltung der Staatslinien auf die Entwickelung des Eisenbahnwesens eine größere Tragweite und eine verstärkte Bedeutung zu geben. Manches würde dem partikularen Einflusse des preußischen Staates unerreichbar bleiben, was das Reich im gleichzeitigen Besitz der preußischen Staatsbahnlinien unschwer und ohne Widerspruch durchzuführen in der Lage erscheint. Nicht wenige derjenigen Erscheinungen, welche das Verkehrsleben durch die Schwankungen und Wandlungen in den Interessen der Eisenbahnverwaltungen beunruhigt haben, würden durch die allmälige Concentration des Eisenbahnwesens in der Hand des Reiches fern gehalten werden, wenn durch die dominirenden Linien der Reichsbahnen inmitten der Verkehrsbewegung auf den übrigen Linien die gesicherte und unentbehrliche Grundlage für eine mehr stetige und ruhige Entwickelung geschaffen würde. Zudem würde die ausgiebige Verwerthung des Einflusses der preußischen Staatseisenbahnverwaltung außerhalb der Grenzen des preußischen Staatsgebietes leicht einer Abneigung begegnen können, welche voraussichtlich in demselben Maße wächst, wie die Erweiterung des fiscalischen Eisenbahnbesitzes ein verstärktes Uebergewicht Preußens begründet. Nicht der preußischen Regierung, sondern der Reichsregierung sollte daher die Verwerthung des in dem Besitze der preußischen Staatsbahnen und der künftigen Erweiterungen derselben gegebenen Machtmittels vorbehalten bleiben. Die volle Bedeutung desselben für die Entwickelung des Eisenbahnwesens liegt auch nicht sowohl in den Zwecken des engeren Staatsinteresses, als vielmehr in der besonderen Aufgabe, welche dem Reiche gegenüber der gegenwärtigen Gestaltung der Eigenthumsverhältnisse der deutschen Eisenbahnen durch die Reichsverfassung zugewiesen ist. Das gemeinsame Ziel der verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Ausübung der Aufsichtsgewalt des Reiches über das Eisenbahnwesen ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen für die Zwecke des allgemeinen Verkehrs und der Landesvertheidigung. . . . . Wenn das Reich in die Lage käme, für alle Richtungen des Verkehrs je eine der für die Vermittelung derselben vorhandenen Routen im eigenen Besitz zu haben, so würde hierin eine wirksame Garantie für die dauernde Förderung der Verkehrsinteressen gefunden werden können. Wenn aber auch eine solche Gliederung des Reichs- und Privateisenbahnbesitzes nicht überall, nicht sofort oder nicht vollständig zu erreichen ist, so würde doch, um die Einwirkung des Reiches auf die Verkehrsleitung nicht lediglich von der erfolgreichen Durchführung der Anordnungen der Aufsichtsgewalt abhängig zu machen, der Besitz und die Verwaltung des ausgedehnten Netzes der unter preußischer Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnlinien für das Reich von hoher Bedeutung sein. . . . Auch für die Zwecke der Landesvertheidigung würde mit dem Uebergange der preußischen Staatseisenbahnen auf das Reich ein bedeutsamer und zugleich der verfassungsmäßigen Aufgabe des Reiches entsprechender Schritt geschehen. Schließlich heißt an dann: „Würden die vorbezeichneten Bestrebungen der Regierung Preußens wegen Uebertragung des preußischen Bahnbesitzes auf das Reich an dem Widerspruch maßgebender Organe des Reiches scheitern, so könnte es nicht zweifelhaft sein, daß alsdann Preußen selbst an die Lösung der gedachten Aufgaben mit voller Energie heranzutreten und vor Allem die Erweiterung und Consolidation seines eigenen Staatsbahnbesitzes als das nächste Ziel seiner Eisenbahnpolitik zu betrachten haben würde. Den Rücksichten, welche Preußen gegenüber seinen Bundesgenossen obliegen, wäre Genüge geschehen, und Nichts würde entgegenstehen, der nachtheiligen Zersplitterung des Eisenbahnwesens und dem Ueberwiegen der Privateisenbahnindustrie selbstständig entgegenzuwirken. Daß durch die Erweiterung des preußischen Staatsbahnbesitzes, — durch die volle Entfaltung des in dem Besitze und der Verwaltung derselben liegenden Einflusses das Uebergewicht der mit den preußischen Bahnen verknüpften Interessen über die Grenzen des preußischen Staatsgebiets hinaus sich fühlbar machen würde, wäre eine wahrscheinliche Folge der alsdann von der preußischen Eisenbahnpolitik nothwendig einzuschlagenden Richtung."

Königsberg i. Pr., 26. März. [Schifffahrt.] Mit dem hier eingetroffenen Dampfer „Daene" ist die Schifffahrt von Pilau her wieder eröffnet.

Münster, 25. März. [Urtheil.] Nachdem die durch den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten über den Bischof Johann Bernard ausgesprochene Absetzung am 22. d. M. rechtskräftig geworden war, hat gestern Nachmittag ein Gerichtsbote das sehr umfangreiche Urtheil im bischöflichen Hofe angeheftet. Die weiteren Schritte des Ober-Präsidenten v. Kühlwetter werden jetzt unzweifelhaft nicht mehr auf sich warten lassen.

München, 25. März. [Das clericale „Bairische Vaterland] hat nach der Ankündigung seines Verlegers seit Juli v. J. ein Drittel seiner Abonnenten verloren. Freilich fehlt dem Blatte die urwüchsige Feder Sigl's, der bekanntlich jetzt über ein Jahr im Gefängniß sitzt, und damit der rechte Hautgout. Aus jener Abnahme an Abonnenten auf einen Umschwung in der Stimmung des Leserkreises zu schließen, wäre jedenfalls voreilig.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 23. März, Abends. [Zum Amnestieantrage. Zum Unterrichtsgesetze. — Nachwahlen. — Mittfasten.] Dem Amnestieantrage steht im Senat ein schlimmes Schicksal bevor. Diese Versammlung wählte heute eine Commission zur Prüfung des Victor Hugo'schen Vorschlages. Von den neun Ausschußmitgliedern ist kein einziges der Amnestie günstig; sieben wollen dieselbe schlechtweg abgelehnt wissen und nur zwei sprachen sich für die Gewährung zahlreicher persönlicher Begnadigungen, die aber an kein bestimmtes Gesetz gebunden, aus. Die Kammer wird wahrscheinlich morgen ihren Amnestie-Ausschuß wählen; aber schon jetzt befestigt sich in den politischen Kreisen die Ueberzeugung, daß auch hier die Mehrheit sich nur für individuelle Gnadenacte aussprechen wird. — Der Unterrichts-Minister Waddington hat heute beim Beginn der Sitzung in der Kammer seinen Antrag, betr. Aenderung des Unterrichtsgesetzes, eingereicht. Die Regierung verlangt nichts Anderes als die Rückgabe der Gradverleihungsrechtes an den Staat. Die Linke begrüßte den Minister mit lebhaftem Beifall. Die Ultramontanen sind außer sich bei dem Gedanken, daß sie auf die Vortheile des sogenannten „freien" Unterrichts verzichten sollen. — Das „Amtsblatt" beruft heute Morgen die Wähler des 17. Pariser Stadtbezirkes, von Saint-Amand (Cher), von Marseille, von Bordeaux und von Lille auf den 16. April zur Deputirtenwahl. Für die durch Louis Blancs Option nothwendig

gewordene Nachwahl in St. Denis sind nicht weniger als 11 Candidaten aufgetreten, die den verschiedenen Schattirungen der republikanischen Partei angehören. — Begünstigt von schönem Wetter hat das heutige Mittfasten eine zahlreiche Menschenmenge aus ihren Häusern gelockt. Man sah im Ganzen wenige Masken und zwar nur in der Kinderwelt; doch boten die Boulevards den ganzen Tag hindurch einen äußerst lebhaften Anblick dar.

⊙ **Paris**, 24. März. [Wahlprüfungen. — Der Minister des Innern. — Buffet. — Candidaten in Saint Denis. — Pilgerfahrten.] Senat und Kammer haben sich gestern in ihren öffentlichen Sitzungen nur mit Wahlprüfungen beschäftigt. Der Senat discutirte lange über die Wahl in Corsika, wo die beiden bonapartistischen Candidaten Galloni d'Istria und Valéry keine Kunst und Mühe gespart haben, ihren Nebenbuhlern den Rang abzugewinnen. So ist z. B. Valéry als Director einer Dampfschifffahrts-Gesellschaft auf den klugen Einfall gekommen, den Senatswählern, welche als seine Gegner bekannt waren, den Zutritt zu seinen Dampfbooten zu verweigern, damit sie nicht rechtzeitig im Wahlort Ajaccio eintreffen könnten. Die gutgesinnten Wähler dagegen beförderte man gratis und brachte sie obendrein kostenfrei im Gasthofe unter. Um besser zu controliren, ob diese Wähler auch wirklich ihre Schuldigkeit gethan, trug ein Freund der bonapartistischen Candidaten ihre Stimmzettel aus dem Wahlsaale fort und behielt sie eine geraume Weile. Der Berichterstatter General Robert konnte allerdings diese Thatsachen nicht mit Schweigen übergehen, aber er behandelte sie als Lumpereien und beantragte die Bestätigung der Wahl. Ihm antwortete E. Picard, wenn der Senat sich selbst respectire, müsse er eine Untersuchung anordnen. Eine Wahl, die von der öffentlichen Meinung bespöttelt wird, dürfe im Senat nicht gutgeheißen werden. Man stimmte ab, und die Forderung Picard's wurde mit 144 gegen 142 Stimmen zurückgewiesen, die Wahl somit bestätigt. Die Legitimisten, die Bonapartisten und die Partei de Broglie's hatten auch diesmal wieder gegen die Republikaner zusammengehalten. Indeß wäre die kleine Mehrheit von 2 Stimmen nicht zu Stande gekommen, wenn nicht die Herren Galloni d'Istria und Valéry selber herzhaft für die Giltigkeit ihrer Wahl gestimmt hätten. Gegen ein solches Verfahren protestirte Pelletan im Namen der Linken und brachte einen Antrag ein, wonach die noch nicht bestätigten Mitglieder der Versammlung bei einem Votum, das ihre Wahl angeht, nicht mitstimmen können. Es gab einigen Lärm, weil Pelletan sich des Ausdruckes „Scandal" bedient hatte; auf Verlangen des Präsidenten ersetzte er das Wort durch Schauspiel, und die Sache war abgethan. — In der Deputirtenkammer verlas unter Anderem Brisson den Bericht über die Wahl des Kreuzritters de Mun; er zeigte im Einzelnen, mit welchem Eifer der Clerus für diesen seinen Liebling gearbeitet hat, wie der Papst selber dem Candidaten der römischen Kirche die Investitur ertheilte, indem er ihm das Comthurkreuz des St. Gregorius-Ordens übersandte, wie die clericalen Blätter diese Ordensverleihung ausbeuteten, wie der Bischof von Vannes in einem offenen Briefe erklärte, er habe dem Gegner de Muns, dem Abbé Cadoret, der doch selbst ein Geistlicher, seine Thüre verboten, wie die Landgeistlichen gegen den besagten Cadoret und den republikanischen Candidaten de Maillet aufgehetzt wurden u. s. w. Wir bestreiten nicht dem Clerus das Recht, bevorzugte Candidaten zu haben und zu bezeichnen, fügte Brisson hinzu; wir fragen uns nur, ob der Clerus mit diesem Recht wohl Mißbrauch getrieben hat, und wir fragen uns, ob es möglich ist, in einem unabhängigen Staat eine Candidatur zuzulassen, die von Rom aus verfügt worden ist. Daher beantragen wir eine Untersuchung, welche diese Vorgänge ins Licht stellen wird. (Beifall links.) Die Discussion über diesen Antrag ist auf Wunsch de Muns auf heute verschoben worden. Für heute wurde auch die Debatte über den Belagerungszustand auf die Tagesordnung gesetzt. — Der Minister des Innern ist in diesem Augenblicke nicht zu beneiden und wir wundern uns nicht, zu hören, daß Ricard seit gestern krank ist und die Stube hüten muß. Seitdem er, etwas zu unvorsichtig, in das Wespennest der Präfectenverwaltung gegriffen hat, findet der unglückliche Minister keine Ruhe mehr. Der ganze Schwarm der Präfecten und Unterpräfecten ist in Bewegung, und da die Betreffenden wohl merken, daß sie es mit einem noch zögernden und wenig energischen Cabinet zu thun haben, so lassen sie es an Fügsamkeit und Bescheidenheit fehlen. Mehrere Präfecten wollen, wie es heißt, die Versetzung in andere Departements nicht annehmen; so will Limbourg nicht von Versailles nach Rouen und Lizot nicht von Rouen nach Lille gehen. Mit einiger Entschiedenheit fände de Ricard eine schöne Gelegenheit sich zweier Beamten zu entledigen, deren Erhaltung im Verwaltungsdienste unter den republikanischen Deputirten böses Blut machte, obgleich sie nicht gerade zu den schlimmsten gehörten. — Es scheint, daß Buffet's Senatscandidatur in Belfort, die einen Augenblick von den Freunden des ehemaligen Vicepräsidenten verleugnet wurde, wieder ernstlich auf's Tapet gebracht werden soll. Buffet hatte gestern eine längere Unterredung mit dem clericalen Keller, der bekanntlich an der Spitze der reactionären Partei in Belfort steht und allem Anschein nach die Mehrheit der Senatswähler in der Hand hat. Nachher zeigte sich Buffet in der Zuschauertribüne des Senats, wo sein Erscheinen Sensation machte. — Unter den 11 Candidaten, die sich in Saint-Denis um das Mandat Louis Blanc's beworben, ist auch der intransigente Bonnet-Duverdier, der im 3. Pariser Bezirk gegen Spuller aufgetreten war. Er, sowie der General Wimpffen und Camille Sée sindin einer öffentlichen Versammlung aufgetreten, worin Wimpffen den meisten Erfolg gehabt zu haben scheint. — Mit dem Herannahen der besseren Jahreszeit werden die Pilgerfahrten nach Lourdes wieder in Scene gesetzt. Am Ostermontag werden große Prozessionen von Toulouse und Perpignau abgehen.

Großbritannien.

A.A.C. **London**, 24. März. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] begannen die Verhandlungen mit einer Menge wichtiger und interessanter Ankündigungen und Interpellationen. Mc. Arthur kündigte an, er werde in einer der nächsten Sitzungen die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Lage der britischen Besitzungen am Gambia leiten, damit dieselben in ihren Beziehungen zu ausländischen Mächten auf einen befriedigenderen Fuß gestellt werden. Sullivan, der „Home-Rule"-Abgeordnete für Louth, meldete für nächsten Montag eine Interpellation an betreffs der in dem vom 14. April 1873 datirten Briefe des Fürsten Bismarck an den Deutschen Kaiser enthaltenen Angaben, daß, als Graf Arnim zum Botschafter in London ernannt werden sollte, britischerseits gegen die Ernennung aufs Heftigste protestirt wurde aus dem Grunde, daß man dem Grafen kein Wort, das er spreche, glauben könne. Er würde sich beim Unterstaatssecretär für auswärtige Angelegenheiten erkundigen, ob es Thatsache sei, daß das deutsche Volk darin eine Beleidigung des Kaisers erblickte, und ferner, ob Fürst Bismarck's Angaben auf Wahrheit beruhen. (Hört, hört.) Ernest Noel befragte den Unterstaatssecretär für auswärtige Angelegenheiten, ob das Völkerrecht irgend eine entsprechende Procedur gegen ein solches Vorgehen, wie die muthwillige Beschädigung eines unterseeischen Telegraphenkabels außerhalb territorieller Gewässer vorschreibe, und ob zwischen Großbritannien und den anderen maritimen Staaten irgend ein Vertrag über diesen Gegenstand bestehe. Bourke erwiderte, es existirten keine Verträge über den Gegenstand, und er könne nicht sagen, in welcher Weise gegen eine muthwillige Beschädigung eines Kabels außerhalb territorieller Gewässer vorgegangen werden könnte, da ein solcher Fall noch nicht vorgekommen sei. Cartwright erkundigte sich beim Premierminister, wann der Bericht des Generalzahlmeisters Cave über den Stand der egyptischen Finanzen veröffentlicht werden würde. Disraeli erwiderte, daß, als er den Bericht las, ihm der Gedanke beikam, daß es nothwendig sein würde, die Erlaubniß des Khedive zu dessen Veröffentlichung einzuholen. Des Khedive's Antwort lautete dahin, daß eine Veröffentlichung des Berichts im Hinblick auf die ungeregelte Lage der egyptischen Finanzen nicht wünschenswerth sein würde und in Anbetracht dessen, daß die in dem Bericht enthaltene Information vertraulicher Natur sei und vom Khedive selber geliefert wurde, fühle sich die Regierung verpflichtet, die Wünsche des Khedive zu respectiren.

Der nunmehr seitens des Ministeriums gestellte Antrag auf dritte Lesung der Titel-Bill gab zu erneuerter Opposition gegen die Maßregel Anlaß. Pease eröffnete die Debatte mit einer Rede gegen die Vorlage. Er behauptete, daß die Maßregel der Königin einen Titel geben würde, welchen die britische Verfassung nicht kenne und der gegen die Würde der Krone sei. Eine Meinungsverschiedenheit darüber, wie der Titel anzuwenden sei, werde sich der Ruhe der Regierung Ihrer Majestät feindselig erweisen. Die Bill sei auch den Gefühlen des engl. Volkes zuwider — eine Angabe, welche Neville-Graville, der folgende Redner, energisch bestritt. Anderson eiferte ebenfalls gegen die Bill, während Mills dieselbe aus dem Grunde unterstützte, daß der neue Titel die Position der Königin in Indien — eines Souverains von Souverainen, ausdrücke. Gladstone war der nächste Redner. Zuvörderst verwahrte er sich gegen den Vorwurf mehrerer Redner der ministeriellen Partei, daß der Bill aus Parteirücksichten Opposition bereitet werde. Dann gab er seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß das Haus im Stande gewesen, der Regierung die Erklärung abzugewinnen, daß der Titel so weit als möglich lokaler Natur sein würde und daß durch die Bill afficirte Indien dasselbe sei, wie dasjenige, welches durch den Act von 1858 definirt werde. Er drückte indeß seinen Zweifel darüber aus, ob es möglich sein würde, den Titel „Kaiserin" zu localisiren, ohne eine specielle Clausel, welche erklärt, daß er nur in Indien benutzt werden solle. Von ministerieller Seite nahm das Wort darauf der Premierminister, um die Haupteinwürfe, welche bis dahin gemacht worden, zu beantworten. Die Rede des Ex-Premiers charakterisirte er als eine Apologie für die Art von Opposition, welche der Bill bereitet wurde. Er hätte die Vorlage in seiner Eigenschaft als erster Rathgeber der Krone und nicht als der Führer einer Partei eingebracht, und das Land würde nach dem, was stattgefunden, ohne Zweifel einsehen, daß die Titel-Bill nicht zu einer Parteifrage der Conservativen gemacht worden sei. Er bestritt auch die Angaben, daß sich das Gefühl der Nation gegen den neuen Titel der Königin sträube. Er habe Beweise, daß der englischen Jugend schon in der Schule gelehrt werde, daß die Königin auch Kaiserin von Indien sei. Nach einem Hinweis darauf, daß Rußland sich immer mehr der Grenze Indiens nähere, schloß der Premier seine Rede mit der Bemerkung, der Titel „Kaiserin" würde von den indischen Unterthanen der Königin acceptirt werden als eine emphatische Erklärung Großbritanniens, die Integrität des Indischen Reiches aufrechterhalten zu wollen. Als Disraeli geendet hatte, setzten die heftigsten Gegner der Maßregel die Debatte fort. Cowen, der radikale Abgeordnete für Newcastle am Tyne, behauptete, es würde für gänzlich unmöglich befunden werden, den Titel „Kaiserin" zu localisiren, und zur Unterstützung dieser Ansicht citirte er eine Menge Beispiele. Newdegate wiederholte seine früheren Bedenken gegen die Neuerung. Fawcett sprach ebenfalls gegen die Maßregel. Zuletzt bot auch Lowe noch einmal die ganze Macht seiner Satyre und Schärfe gegen die Bill auf. Es sei zu bedauern, bemerkte er, daß die Regierung im letzten Augenblick als einen ihrer Hauptgründe für die beabsichtigte Veränderung des Titels der Königin das allmälige Vordringen Rußlands gegen die Grenze Indiens anführe. Das Haus schritt alsdann zur Abstimmung, welche die Annahme der dritten Lesung der Titel-Bill mit 209 gegen 134 Stimmen ergab — ein Resultat, das von den ministeriellen Bänken mit anhaltendem Beifall begrüßt wurde.

Als im weiteren Fortgange der Sitzung das Haus zur Specialberathung der Paragraphen des neuen Schifffahrtsgesetzes schreiten wollte, stellte Gerst den Antrag: in der Meinung des Hauses sollten die Handelsschifffahrtsgesetze so amendirt werden, daß ein Dienstcontractsbruch auf Seiten eines Seemannes, mit welchem keine Gefahr für Leben oder Nachtheil für das Schiff verknüpft sei, nicht länger mit Gefängniß und Geldbuße bestraft werde, und ein solcher Seemann nicht länger der Unannehmlichkeit ausgesetzt werde, innerhalb des Ver. Königreiches ohne Haftbefehl arretirt zu werden. Dieser Antrag fand in einer mehrstündigen lebhaften Debatte vielseitige Unterstützung, aber er wurde zurückgezogen, nachdem der Schatzkanzler die Einbringung eines dahin lautenden Amendements zur Vorlage genehmigt hatte. Holms unterbreitete sodann dem Hause Vorschläge zur Erleichterung und Ermunterung der Ausbildung von Lehrlingen Seitens der Schiffsrheder, aber Sir Charles Adderley, der Präsident des Handelsamtes, schnitt ihm das Wort ab mit dem Bemerken, daß jetzt nicht Zeit zur Erörterung solcher Vorschläge vorhanden sei. Das Haus trat sodann in die Comitéberathung über die Vorlage. Die beiden ersten Artikel, welche nur Vorschriften über die Bezeichnung des Gesetzes (dasselbe soll im Gebrauche der „Merchant Shipping Act 1876" genannt werden) und über die Auslegung desselben enthalten, wurden ohne Beanstandung genehmigt. Zu Artikel 3, welcher das Aussenden seeuntüchtiger Schiffe zu einem criminell strafbaren Vergehen (misdemeanour) macht, stellte Mr. Iver das Amendement, diesen Act durch das Wort „vorsätzlich" zu qualificiren, aber nach einer scharfen und etwas persönlichen Discussion wurde es zurückgezogen. Die Berathung wurde hierauf bis zum nächsten Montag vertagt, in welcher Sitzung Plimsoll sein Amendement zu dem Paragraphen stellen wird.

Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau**, 26. März. [Wahlverein der Fortschrittspartei.] Der Vorstand des Wahlvereins der Fortschrittspartei hatte für gestern Abend 8 Uhr eine Männerversammlung nach dem Saale des „Königs von Ungarn" berufen, auf deren Tagesordnung ein Vortrag des Vorsitzenden, Herrn Dr. Steuer, stand: „Die politische Situation mit Berücksichtigung der nächsten Wahlen". Die Versammlung war von etwa 100 Personen besucht.

Herr Kaufmann R. Sturm eröffnete die Versammlung in Vertretung des Vorsitzenden und ertheilte diesem sofort das Wort zu seinem Vortrage, den wir nachstehend im Wesentlichen wiedergeben.

„Seit längerer Zeit", führte Herr Dr. Steuer aus, „hat der Wahlverein wieder zum ersten Male Sie, m. H., zu einer politischen Versammlung berufen. Es gilt zu Beginn der Periode, welche umfassende Wahlen in Aussicht stellt, Fühlung zu nehmen mit Freunden und sich klar zu machen, wie man sich zu den Bundesgenossen von früher, wie man zu den Gegnern sich stellt.

Wir hielten dafür, daß die heutige Versammlung, indem sie einleitend der Wahlagigation dienen soll, vor allen Dingen bezwecken müsse, Denen, die ganz unerfahren in politischen Dingen sind, einen sichern Boden zu gewinnen, auf dem sie eine weitere Kenntniß erlangen können, und Denen, die eingeweiht in die Verhältnisse sowohl des Deutschen Reiches wie der civilisirten politischen Welt, ein kurzes, übersichtliches Bild aufzurollen, wie die Verhältnisse eigentlich in der Welt jetzt stehen.

England, das bereits seit längerer Zeit von einem conservativen Ministerium regiert wird, macht in seiner inneren Verwaltung Fortschritte durch Gesetze, die wunderbarer Weise von einem liberalen Ministerium nicht durchgebracht wurden. Auch ihm ist der Kampf auf socialem Gebiete nicht erspart worden, was um so weniger zu verwundern ist, als gerade in England die Umsturzelemente, welche anderwärts nicht gelitten werden, eine Zuflucht finden. Seine äußere Politik ist vor Allem darauf gerichtet, den im Orient halb verlorenen Einfluß wieder zu gewinnen. Darauf tendirt der Ankauf der Suezactien, wie die mit ungeheurem Pomp in Scene gesetzte Reise des Prinzen von Wales nach Indien, dahin tendirt auch das in neuester Zeit überraschend gekommene Moment, die Annahme des Titels einer Kaiserin von Indien Seitens der Königin von England, eine Angelegenheit, die sicher keine bloße Etiquettenfrage ist. Ist doch Seitens des Ministeriums offen eingestanden worden, daß in einer Zeit, wo die russische Macht in so Achtung gebietender Weise sich der Grenzen des englischen Indien nähert, es für dessen Bestehen absolut nothwendig ist, dem Alles beherrschenden Titel des Czaaren gegenüber die Monarchie mit einem gleichwürdigen Titel auszustatten.

Rußland, das in dauernder Freundschaft zu uns und Oesterreich steht, braucht den Frieden, weil es nach Osten strebt und seine Macht in Asien mit größtem Glück immer weiter ausbreitet, so daß es fast auf der Grenzlinie zwischen ihm und der Colonialmacht England angekommen ist.

Italien, das augenblicklich sich wieder in einer Ministerkrisis befindet, kann den Punkt nicht finden, von wo aus ein redliches Zusammengehen zwischen Regierung und Volk möglich wäre und bevor es nicht Mittel und Wege findet, seine Finanzen irgendwie zu regeln, ist an einen ruhigen Zustand in diesem Lande nicht zu denken.

In Spanien hat der junge König es mit mehr Glück, als seine Vorgänger, verstanden, seinen Gegner Don Carlos aus dem Lande zu vertreiben, so daß der König in der That wieder einmal, wer weiß aber, auf wie lange, auf dem Thron sitzt.

In dem ewig geldbedürftigen Oesterreich ist heute noch wie früher der Kampf der Nationalitäten der Hinderungsgrund, welcher es dem Staate unmöglich macht, seine volle Macht zu entfalten.

Alle diese Staaten, vielleicht mit Ausnahme von Spanien, sind in der orientalischen Frage engagirt. Der Aufstand in der Herzegowina, der von vornherein von vielen Seiten als eine innere Angelegenheit der Türkei bezeichnet wurde, die bald erledigt sein würde, dauert fort und wird nur mit Hilfe Rußlands und Oesterreichs niedergehalten. Beide Mächte halten die Frage noch nicht für reif, aber eins steht fest, jener Winkel bleibt das Pulverfaß, in das früher oder später der Funken hineinfällt. Während aber alle Mächte darüber einig sind, daß der Friede in der Türkei erhalten werden soll, ist es noch sehr die Frage, ob das gelingen wird, da leicht die eine oder die andere Macht die Zeit für gekommen erachten kann, im Osten selbstständig vorzugehen.

Solchen Verhältnissen gegenüber befindet sich Deutschland in einer so günstigen politischen Situation, wie noch nie. Zum Mindesten energisch geeinigt nach außen, mit einer formidablen Militärmacht, im Bündnisse mit den mächtigsten Staaten, seine Gegner geschwächt, befindet es sich in der glücklichen Lage eines befestigten Friedens. Ein einziger Staat ist es, auf den, wenn wir das nicht zugestehen wollen, immer hingeblickt wird, das ist Frankreich.

Frankreich hat in seiner Geschichte eclatante Beweise dafür geliefert, daß ein Volk, wenn es regelmäßig in seiner Befreiung fortschreitet, in jeder Beziehung geneigt ist, die Gesetze der Ordnung zu achten, daß jedes sittliche Gefühl wesentlich gestärkt wird durch die Erlangung der Freiheit. Durch die letzten Wahlen hat Frankreich notorisch kund gegeben, daß es republikanisch und zwar gemäßigt republikanisch ist und mit der vollständigen Consolidirung der Republik wird auch jede Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich in weite Ferne hinausgerückt. Das republikanische Frankreich bietet Deutschland ungleich stärkere Garantien gegen chauvinistische Bestrebungen, als irgendwelche monarchische Regierung.

In dieser glücklichen Constellation liegt ein Grund mehr, weshalb Deutschlands in Bezug auf seine äußere Politik sich glücklich und zufrieden fühlt.

Wie sieht es aber in seinem Inneren aus?

M. H. Es sind da wesentlich 4 Punkte, von denen ich glaube, daß sie in der Entwickelung des Deutschen Reiches eine Rolle spielen.

Zunächst ist es die Consolidation des Deutschen Reiches an sich selbst. Das ist eigentlich der kitzlichste Punkt, denn wer will irgend Jemandem im Deutschen Reiche vorwerfen, daß er darauf denkt, das Deutsche Reich zu sprengen, und wer unter uns hat auf der andern Seite nicht das unbestimmte Gefühl, daß nicht Alle, die heut zum Deutschen Reiche gehören, selbst die nicht, welche die Spitzen desselben bilden, dem Gedanken nie Raum geben, es könne wieder einmal anders kommen. Es ist dies auch nicht wunderbar, denn erstens giebt Niemand gern langjährigen Besitz auf und dann kann eine Verschmelzung der nach gewissen Richtungen hin doch immerhin collidirenden Interessen des Südens und des Nordens doch erst durch jahrelanges Zusammenleben eintreten, und es werden noch Menschenalter vergehen, ehe das Reich in dieser Beziehung die Probe bestanden hat. Dies wird auch an gewichtiger Stelle empfunden und wenn der Finanzminister auch erklärt, das Reichseisenbahnproject habe einen lediglich finanziellen Charakter, so läßt sich demselben doch die politische Seite nicht absprechen. Der Zerfall oder die Sprengung des Deutschen Reiches läßt sich durch nichts besser verhindern, als durch Maßregeln, welche das wichtigste Verkehrsmittel in die Hände des Reiches geben, und durch Uebertragung einer gemeinsamen colossalen Schuldenlast auf das ganze Reich.

Der zweite zu beachtende Punkt ist die sociale Frage, d. h. nicht die Ansprüche, welche die Socialdemokraten machen, sondern die ganze wirthschaftliche Entwickelung, in welche Deutschland in den letzten Jahren hineingerathen, und die Fortentwickelung, durch welche wir aus dem gegenwärtigen Zustande heraus zu kommen hoffen. Die Entwickelung, das ist der allbekannte scheinbare Aufschwung, den Handel, Industrie und Gewerbe in Folge des Milliardensegens nach dem Kriege nahmen. Wohl in keinem Lande hat diese vielfach falsch beurtheilte Periode so viele Opfer gefordert als bei uns. Das Geld ist alle geworden, kein Mensch weiß, wohin es gekommen, das Materialvermögen ist wesentlich geschwächt, Handel, Gewerbe und Industrie liegen darnieder und der Arbeiterstand sieht selbst am besten, wie sehr er sich durch seine zahllosen Strikes geschadet.

Der dritte Punkt, welcher die Gemüther wesentlich beschäftigt, ist der Culturkampf, der Kampf des Staates gegen die Kirche, bei dem es sich in keiner Weise um die Religion, sondern absolut nur um die Machtfrage handelt. Es ist gar keine Frage, daß der Sieg sich augenscheinlich in diesem Augenblicke der Regierung zuneigt, aber so leicht, wie von mancher Seite geglaubt wird, wird der Staat den endlichen Sieg nicht erringen.

Die erfreulichste Seite, und das ist der vierte Punkt, bietet das innere Leben des Staates. Das ist das Gebiet, auf welchem wir in den letzten Jahren wirkliche und reale Fortschritte gemacht haben. Wesentliche und unleugbare Fortschritte sind auf dem Gebiete der Selbstverwaltung gethan werden, wenn wir auch nicht sagen können, daß Alles gut sei. Aber wir Deutsche sind ja bescheiden.

In diesem politischen Leben stehen mit der Regierung in Connex eine Anzahl der vorhandenen politischen Parteien. Was zunächst von diesen die ultramontane Partei anbetrifft, so kann man, auch wenn man ihren Standpunkt in keiner Weise theilt, ihr den Vorzug des Muthes, des Eifers und der Rührigkeit im Kampfe für ihre Zwecke nicht absprechen. Wenn ich sage, ich theile ihren Standpunkt nicht, so meine ich, ich wünsche in keiner Weise und unter allen Umständen nicht, daß sie je ihr Ziel erreiche, d. h. die Herrschaft im Staate. Und das will sie trotz aller schönen Worte von Glaubens- und Gewissensfreiheit. Mit all meinem Fühlen und Denken werde ich mich zu jeder Zeit gegen diese Partei, sowie gegen jede orthodox-religiöse Partei wenden und mit allen Kräften gegen sie kämpfen. Diese Partei ist im Augenblicke in eine für sie peinliche Lage gerathen, und so sehr sie auch den Kampf fortsetzt, muß sie doch zugestehen, daß ihr Position auf Position abgerungen wird. Sie stützt ihre Hoffnungen eines Sieges in Deutschland wesentlich auf die lateinische Race, aber sie hat in Italien jeden Grund und Boden verloren, in Spanien hat ihr geliebter Don Carlos den Kampf aufgegeben und in Frankreich mehren sich von Tag zu Tag die Zeichen, daß das Volk nichts weniger als ultramontan ist.

Die social-demokratische Partei hat mit dem Niedergehen der wirthschaftlichen Verhältnisse wesentlich an Bedeutung verloren. Sie ist rührig und strebsam, aber ich behaupte, sie weiß nicht, was sie will. Einer der größten Geister Deutschlands, und so wenig man das zulassen will, ein freier politischer Kopf, Göthe, sagt: „Eine Opposition hat nur dann Berechtigung und wird nur dann reüssiren können, wenn sie an Stelle eines Bestehenden sofort ein Anderes setzen kann." M. H., das kann die socialdemokratische Partei nicht. Die unmöglichen Verhältnisse, die irgendwo ein social-demokratischer Redner als Ziele der Partei hinstellt, können doch in keiner Weise diese Ziele wirklich sein. Sie laufen alle auf den Communismus hinaus und wollte man diesen auch noch als Ziel gelten lassen, so muß doch erst die Möglichkeit gezeigt werden, wie derselbe bestehen kann. Gleichheit für Alle im Staate fordern, heißt den Staat negiren und für alle Bürger gleiche Vortheile im Staate erstreben, heißt von Politik und Staatsverwaltung nichts verstehen. Gleiche Rechte, nicht gleiche Vortheile muß jeder haben, und wenn die Social-Demokraten ihre Wünsche und Forderungen so formuliren wollten, dann werden sie mich auf ihrer Seite finden.

Die dritte Partei ist eine Partei, die wir seit Langem kennen, die alte feudale Partei, die unter dem neuen Namen der Agrarier ihre alten Ziele verfolgt: Erhaltung ihrer Privilegien, Knechtung des Volkes, die Absicht, dem Volke das, was es errungen, wieder zu entziehen. Sie hat, nachdem sie eine Reihe von Jahren ein höchst elendes Leben geführt, in nicht zu unterschätzender Weise ihr Haupt erhoben; sie hat sogar gewagt, der Regierung den Fehdehandschuh hinzuwerfen und sie weiß, daß, so schlimm es auch mit ihr zu stehen scheint, sie doch immer an gewissen Stellen wohlangesehen ist.

Es bleiben noch die eigentlich liberalen Parteien übrig, die nationalliberale Partei und die Fortschrittspartei. Mit diesen ist es eine eigene Sache. Scheinbar auf der einen Seite decken sie sich, auf der andern stehen sie sich diametral gegenüber. Die Männer beider Parteien haben in der That gemeinsame Interessen und die Fortschrittspartei hat zur Genüge bewiesen, daß sie, was die nationalliberale Partei sonst hauptsächlich für sich in Anspruch nimmt, es auch versteht, mit der Opportunität zu rechnen. Aber beide Parteien, haben auch Ziele, die sich diametral entgegenstehen. Ich erinnere nur an die Abstimmungen, über den Arnimparagraphen, die General-Synodalordnung und so viele andere Momente. Aber auch in den Parteien selbst liegt ein Gegensatz. Die Fortschrittspartei hat vor einiger Zeit, bei der Berathung des Septennats gesehen, daß einige ihrer Mitglieder sich von ihr trennten. Bei der nationalliberalen Partei haben wir das weniger zu constatiren, aber es ist ebenso wenig möglich, daß Persönlichkeiten, wie Forckenbeck und Lasker sich zu Recht in einer Partei befinden, in der ein Herr v. Sybel existirt, der die Teufel durch die Teufel austreiben will, der von seinem Heimathlande erklärt, es sei noch nicht reif für die Kreis- und Provinzial-Ordnung, wie es möglich ist, daß der altkatholische Petri und Virchow derselben Partei angehören.

Wir befinden uns eben in einer Zeit, in der die alten Namen für die neuen Begriffe absolut nicht mehr passen. Die wichtigsten und einflußreichsten Parteien im Reichstage und Landtage sind nach meiner Ueberzeugung nichts mehr, wie historische Begriffe. Eine Fortschrittspartei, die heute in jeder

Beziehung in allen ihren Mitgliedern bis auf das Pünktchen einig wäre, wie sie es vor 11, 12 Jahren war, existirt nach meiner Ueberzeugung nicht mehr, ebenso wenig, wie eine nationalliberale Partei existirt, die ganz homogene Elemente in sich birgt. Die letztere hat überhaupt durch die Bildung des Deutschen Reiches ihre Hauptordnung verloren.

Es wird sich für uns allein darum handeln, daß wir Angesichts der bevorstehenden Wahlen uns klar darüber werden, daß so viel auch in politischer Beziehung geleistet worden ist, doch noch so Manches zu leisten übrig bleibt. Glauben Sie, m. H., die Regierung denkt nicht daran, das Schwert niederzulegen, der Reichskanzler denkt nicht daran, die Gesetze, die im Reichstage mit so viel Eclat durchgefallen, ganz aufzugeben. Es gilt darum, Männer zu wählen, die den Muth haben und die nöthige Sicherheit bieten, um den neuen Vorlagen, die sicher wiederkommen werden, ebenso negirend gegenüberzutreten, wie dies bisher geschehen. Es handelt sich darum, genau zu prüfen, ob die Männer, die wir wählen, die Sicherheit gewähren, daß sie der reactionären Richtung, die sich immer mehr und mehr ans Tageslicht wagt, entschieden entgegentreten werden. Und daß diese Richtung sich immer mehr geltend macht, zeigen am besten die letzten Vorlagen, welche die Regierung gemacht hat.

M. H.! Etwas muß daran sein, wenn Miquel, dem doch seine besten Freunde nicht den Vorwurf der Oppositionslustigkeit machen können, die neue Städteordnung damit begrüßt, daß er als erster Redner erklärt, er sehe in derselben einen reactionären neuen Rückschritt. Und diese letzte Vorlage ist ein absoluter Rückschritt. Es wird sich Gelegenheit finden, vor Ihnen, m. H., dieses Thema noch weiter zu verhandeln; heute aber schon steht fest, daß die Freiheit und der Sinn für Freiheit durch diese neue Städteordnung in den Hauptsitzen dieses Freiheitssinnes, in den großen Städten, wesentlich gefährdet wird.

Eines der bedenklichsten Momente für die freiheitliche Entwickelung unseres Vaterlandes ist ohnehin schon die Apathie und Gleichgiltigkeit im Volke, die von Tag zu Tag Fortschritte macht. Es ist der Regierung gelungen, durch fortwährenden Ausbau des Parlamentarismus es endlich so weit zu bringen, daß das Volk so zu sagen darin erstickt.

Es wird schwer werden, die nöthigen Abgeordneten zu finden, aber das darf uns nicht abschrecken; wir müssen selbst vor allen Dingen uns prüfen und selbst uns dahin bringen, daß wir aus unserer Lethargie, in der wir Jahre lang gelegen, erwachen.

Noch ist das Werk in keiner Weise vollendet, noch fehlen von dem bescheidenen Programm, das die liberale Partei, als sie in Breslau wieder auf der politischen Aera erschien, zur Zeit der Regentschaft aufstellte, zwei der wichtigsten Gesetze, das Unterrichtsgesetz, das uns immer und immer wieder versprochen und nie fertig wurde, und es fehlt der Grundpfeiler aller freiheitlichen Entwickelung und des Vertrauens in unsere Regierung, das Ministerverantwortlichkeits-Gesetz. Was nützen uns alle freiheitlichen Gesetze, wenn wir keine Mittel und Wege haben, deren Verletzung zu ahnen.

Sie sehen also, m. H., zu schaffen ist noch genug und es muß geschafft werden in den parlamentarischen Versammlungen der nächsten Jahre. Es wird also an uns sein, Männer auszuwählen, die vollständig das Vertrauen unsererseits verdienen, daß sie unwandelbar, fest und sicher zu der Fahne stehen, die wir zu der unsrigen machen, und die einzig und allein uns noch Alle verbindet, so sehr wir auch in Kleinigkeiten auseinander gehen, die Fahne der freiheitlichen Entwickelung unseres Vaterlandes. (Lebhaftes Bravo!).

Nachdem der Vorsitzende dem Redner für seinen Vortrag den Dank der Versammlung ausgesprochen und die Discussion eröffnet hat, bittet

Hr. Wohlauer den Redner, die Idee, daß die alten Parteien sich neu begründen sollen, weiter auszuführen. Es lasse sich vermuthen, daß der Redner mit seinen etwas kurzen Andeutungen darauf habe hinweisen wollen, daß das Compromiß, das zwischen den liberalen Parteien bei den letzten Wahlen geschlossen worden war, auch für die bevorstehenden Wahlen festgehalten werden solle.

Hr. Dr. Steuer erwidert, er habe nicht gesagt, daß die Verhältnisse derartig liegen, daß die Parteien, die bisher mit einander gingen, sich wieder vereinigen sollen; er habe vielmehr ausgeführt, daß eine ganz andere Strömung sich zusammenfinden möchte, um eine neue Partei zu bilden. Er habe die Ansicht gehabt und es ausgesprochen, daß die heutige Versammlung nur eine einleitende sein solle, über Personen- und Programmfragen in einer solchen Versammlung zu discutiren, halte er für ebenso unklug, wie unmöglich. Dazu werde sich noch Gelegenheit genug finden.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß der Wahlverein im nächsten Monat seine Generalversammlung abhalten werde; dort werde die Gelegenheit geboten sein, das Thema weiter zu besprechen.

Herr Basch glaubt nicht, daß ein Verein, der dem Vernehmen nach nur noch aus 22 Mitgliedern bestehe und seit 3 Jahren nichts gethan habe, die liberale Partei Breslau's repräsentiren könne. Es sei die Zeit gekommen, endlich eine neue Partei zu bilden und er frage, ob es auch Gästen gestattet sei, in dieser Richtung Vorschläge zu machen und Anträge zu stellen.

Der Vorsitzende erklärt, Zweck der heutigen Versammlung sei nur eine Besprechung über die politische Situation gewesen.

Herr Dr. Steuer berichtigt Herrn Basch dahin, daß der Wahlverein gegenwärtig noch 100 und einige 40 Mitglieder zähle und nur in den letzten zwei Jahren keine Thätigkeit entwickelte, weil keine Wahlen vorzunehmen waren.

Herr Optikus Heidrich bedauert die im Volke eingerissene Lethargie. Der Vorstand habe es in der Hand, daß wieder ein frischer, politischer Zug in die Bürgerschaft komme. Er möge sich über die Personenfrage verständigen und vor Allem dafür sorgen, daß Männer vorgeschlagen werden, welche man gelegentlich wieder einmal in Breslau sehen und hören kann.

Der Vorsitzende erachtet es für selbstverständlich, daß der Vorstand ehestens sich über die Personenfrage verständigt und dieselbe dann in der Versammlung zur Besprechung bringt.

Herr L. Cohn meint, daß schon heut darüber gesprochen werden müsse, welche Stellung die Fortschrittspartei bei den nächsten Wahlen einnehmen wolle, um von vornherein allen Bestrebungen für ein Compromiß mit der nationalliberalen Partei, gegen das er sich unter allen Umständen erklären müsse, die Spitze abzubrechen.

Da sich sonst Niemand weiter zum Worte meldet, so schließt der Vorsitzende demnächst die Versammlung.

Breslau, 27. März. [Abiturienten-Examen.] Am vergangenen Freitag fand am hiesigen Gymnasium zu St. Elisabeth die Prüfung der Abiturienten statt. Den Vorsitz hatte an Stelle des anderweitig verhinderten Herrn Provinzial-Schulrath Dr. Sommerbrodt. Herr Director Dr. Fickert selbst übernommen unter Assistenz des Curators der Anstalt, Herrn Geh. Rath, Bürgermeister Dr. Bartsch. Der Prüfung hatten sich 7 Examinanden unterzogen, von denen vieren das Zeugniß der Reife ertheilt werden konnte. Von denselben gedenken sich drei dem Studium der Jurisprudenz und einer (bis jetzt überhaupt der erste und einzige von sämmtlichen hiesigen Abiturienten) dem Studium der Theologie zu widmen.

* An der unter Dr. Steinhaus Direction stehenden höheren Handelslehranstalt schloß die Abiturientenprüfung am 25. dieses. Von zweiundzwanzig Schülern erhielten neunzehn das Reifezeugniß, und zwar erhielten 3 den ersten Grad: „vorzüglich", 7 den zweiten Grad: „gut" und 9 den dritten Grad: „genügend". In Folge des günstigen Ausfalls der schriftlichen Arbeitern wurden 6 Schüler von der mündlichen Prüfung dispensirt.

—n. Die am Sonnabend, den 25. h. unter dem Vorsitz des Herrn Professor Dr. Hertz abgehaltene Prüfung der Schülerinnen der höheren Töchterschule von Frl. Ida Kunitz (Teichstraße 20) legte von Neuem ein rühmliches Zeugniß ab sowohl für den rastlosen, ganz dem Gedeihen der Anstalt gewidmeten Eifer der Vorsteherin, als auch für die hervorragende Lehrbefähigung derselben, die es binnen wenigen Jahren verstanden hat, ihre Schule auf einen Standpunkt zu erheben, der alle Anforderungen im vollsten Maße befriedigt. Wir versagen uns, auf die Einzelnheiten der Prüfung einzugehen, die in allen Fächern günstige Resultate zeigte, können aber nicht umhin, den grammatischen Unterricht des Frl. Holländer als eine besonders lobenswerthe Leistung anzuerkennen.

+ [Eisenbahnunfall.] Der am gestrigen Sonntag früh um 4 Uhr 15 Minuten von hier abgelassene, nach Posen bestimmte Güterzug stieß gleich nach seiner Abfahrt auf der westlichen Seite im Bahnhofe mit dem aus Oberschlesien ankommenden Kohlenzuge zusammen. Nach dem bestimmten Reglement sollte der oberschlesische Kohlenzug auf Geleis Nr. 4 halten, nichtsdestoweniger aber fuhr der Maschinenführer in der Dunkelheit über die Distance hinaus und dem Posener Güterzuge in die Flanke. In Folge des heftigen Zusammenstoßes gerieth die Locomotive des oberschlesischen Zuges aus dem Geleise und stürzte auf die Seite, wobei dieselbe sehr beschädigt wurde. Vom Posener Güterzuge wurden drei mit Steinkohlen beladene Güterwagen vollständig zertrümmert. Glücklicherweise ist bei diesem Zusammenstoß Niemand vom Fahrpersonale verunglückt, da sowohl der Locomotivführer und Heizer noch vor dem Umsturze der Maschine, als auch ein Bremser vom Posener Güterzuge sich durch Herabspringen auf den Erdboden noch rechtzeitig retten konnten. Im Laufe des gestrigen Sonntags ist von der Bahnhofs-Verwaltung eine große Anzahl Arbeiter aufgeboten worden, um die Bahn wieder frei zu machen, da beide Geleise durch die Wagensplitter und Kohlenladung und durch die umgeworfene Maschine vollständig gesperrt waren. Eine Unterbrechung im Fahrverkehr ist durch diesen Eisenbahnunfall nicht entstanden.

---

* Breslau, 26. März. [Cardinal Manning] scheint nach seinem auch in der „Bresl. Ztg." mitgetheilten Hirtenbriefe in einem Besorgniß erregenden Kummer um das leibliche Wohl des deutschen Clerus zu schweben. Wollten Sie nicht, da doch „die Bekümmerten trösten" ein Werk der Barmherzigkeit ist, dem Herrn Cardinal nach London hinübertelegraphiren, daß es, nach einer neulichen Notiz der „Schles. Volksztg.", bei uns in Preußen Geistliche giebt, welche aus unserer Culturkampfnoth eine Tugend machen, indem sie zur Vermehrung ihrer Pfandbriefe neben dem Staats- und sonstigen Einkommen auch eine Martyrerzulage sich gefallen lassen? Als Mitmartyrer unserer diocletianischen Verfolgung kann ich übrigens die Worte des Herrn Cardinals bestätigen, daß wir preußischen Geistlichen, „namentlich auf dem Lande", „die größten Entbehrungen erleiden, ohne daß unsere Gemeinden uns davor zu schützen vermöchten." An den unentbehrlichsten täglichen Lebensbedürfnissen leiden wir bereits solchen Mangel, daß wir z. B. für den Moët f. Chandon, den wir Martyrer täglich aus unserm bittern Wermuthskelche trinken, kaum mehr im Stande wären, dem gesammten, Kartoffelschalen genießenden Irland ein tägliches frugales Mittagessen herzustellen. — Ich bitte, auch mich dem Herrn Cardinal Manning zuempfehlen. Ergebenst

Cousin Ohngepäck v. Ohngescherr, Cleriker.

* [Gesellschafts-Reise nach Italien.] Das Carl Stangen'sche Reiseburean übersendet uns den speciellen Reiseplan zu der am 4. April c. beginnenden 23. Gesellschaftsreise nach Italien mit dem Bemerken, daß die Betheiligung an dieser ebenso interessanten als angenehmen Reise eine ungewöhnlich starke ist. Wie sich aus dem Reiseplan ergiebt, fällt die Zeit des Aufenthaltes in Rom in die Osterwoche. — Seit dem 17. d. Mts. ist der Vesuv wieder in voller Thätigkeit und ist den Reisetheilnehmern somit Gelegenheit geboten, dem imposanten Schauspiel eines Ausbruchs des gewaltigen Vulcans beizuwohnen.

---

8 Bunzlau, 25. März. [Jubiläum.] Am heutigen Sonntag wurde das Jubiläum des Herrn Pastor prim. Kretschmar in würdiger Weise gefeiert. Nach vorangegangenem festlichen Vormittags-Gottesdienst erfolgten die Gratulationen von Seiten der Vertreter der evangelischen Gemeinde, der städtischen Behörden, des Kreisgerichts und der hiesigen Schulanstalten in der Wohnung des Jubilars. Von der Gemeinde wurde ihm auch ein Silberkasten mit 25 Stück silbernen Eßlöffeln und 25 Stück silbernen Kaffeelöffeln als Ehrengabe überreicht. Auch trugen die Seminaristen und Schülerinnen der Mädchen-Bürgerschule Gesänge vor. Am Abend des Tages fand ein Festmahl statt, an dem sich 67 Personen betheiligten und wobei es an Toasten nicht mangelte. — Der hiesige wissenschaftliche Verein hat in dem abgelaufenen Wintersemester elf Sitzungen abgehalten, in deren jeder, bis auf die erste, ein Vortrag gehört und debattirt wurde. Die Mitgliederzahl, welche in den letzten Jahren bedeutend abgenommen, ist in dem letzten Winter durch Zutritt von 7 Personen auf 23 gestiegen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 26. März. Das „Journal officiell" publicirt eine Ministerialbekanntmachung, wonach der Zinsfuß für Schatzkammerscheine auf ein bis 5 Monate auf ein Procent, für Schatzkammerscheine auf 6 bis 11 Monate auf ein und ein halb Procent, für Schatzkammerscheine mit einjähriger Verfallzeit auf zwei und ein halb Procent festgesetzt wird.

Paris, 25. März. Nach einer der „Agence Havas" aus Haiti unter dem 19. d. M. zugegangenen Meldung, sollen die Insurgenten daselbst in einem entscheidenden Gefecht geschlagen worden sein und sich auf fremde Fahrzeuge geflüchtet haben.

Versailles, 25. März. Die Deputirtenkammer hat heute die Mitglieder der Commission zur Berathung der Amnestie-Vorlage gewählt. Von den 10 gewählten Deputirten sind nur zwei für die allgemeine Amnestie, die übrigen acht Deputirten sind für die Begnadigung in einzelnen Fällen.

Rom, 25. März. Die Minister haben, wie der „Diritto" meldet, heute dem König den Eid geleistet. An der diesem Acte vorausgegangenen Ministerberathung hat auch der Minister des Auswärtigen Melegari, der heute früh hier eingetroffen war, theilgenommen.

London, 25. März. Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Cape Coast Castle unter dem 5. d. M. gemeldet wird, hat das in Whydah durch den dortigen englischen Commandanten gebildete Untersuchungsgericht den König von Dahomey verurtheilt, als Strafe für die durch seine Unterthanen gegen die englischen Ansiedler begangenen Ausschreitungen eine beträchtliche Summe zu zahlen. Es ist ihm zu diesem Behufe eine Frist von 3 Monaten bewilligt worden. Wenn nach Ablauf derselben die Zahlung nicht erfolgt, so soll sein Gebiet blokirt werden.

Suez, 25. März. Der Prinz von Wales, welcher heute früh eingetroffen war, hat am Nachmittag seine Reise nach Cairo fortgesetzt.

Kairo, 25. März. Der Prinz von Wales ist heute hier angekommen und vom Khedive mit großen Ehren empfangen worden.

Newyork, 25. März. Der Dampfer „Holland" der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

(L. Hirsch's telegraphisches Bureau.)

Paris, 25. März. Die „Semaine financirè" schreibt: Angesichts des ungünstigen diesjährigen Geschäftsbeginnes wird der Staatsbahn-Conseil die Dividende für 1875 auf 30 Francs fixiren. — Der Lombarden-Maicoupon wird diesmal wahrscheinlich wiederum nicht eingelöst werden.

Spalato, 25. März. Die vor der Festung Klobuck lagernde Insurgentenabtheilung wird ihre Operation — welche durch die ungünstige Witterung sistirt waren — demnächst wieder aufnehmen. — In Klek sind wiederum türkische Truppen ausgeschifft worden.

Zara, 23. März. Behufs Beschleunigung der Pacification begiebt sich General v. Rodich zu einer Zusammenkunft mit Ali Pascha nach Mitkovich. — Die österreichischen Behörden haben in Dalmatien mehrfache Confiscationen von Gewehren, Pulver und Dynamit vorgenommen.

Posen, 24. März. [Börsenbericht von Lewin Berwin Söhne.] Wetter: Naß. — Roggen (pr. 1000 Kilogramm) fest. Gekündet — Centner. Kündigungspreis —, März 148 G., März-April 148 bez. u. B., Frühjahr 148,50 bez. u. B., April-Mai 149 bez. u. B., Mai-Juni 151 bez. u. B., Juni-Juli 153 bez. u. B., Juli-August 155 bez. u. G. — Spiritus (pr. 10,000 Liter %) still. Gekündet 5000 Ltr. Kündigungspreis 42,90, März 43 bez. u. B., April 43,40 bez. u. B., April-Mai 44 bez. u. B., Mai 44,40 bez. u. B., Juni 45,20 bez. u. B., Juli 46,10 bez. u. B., August 47 bez. u. B., September 47,60 bez. u. B., October 47 bez. u. B. — Loco Spiritus ohne Faß 41,80 G.

[Proceß Strousberg.] Der Proceß gegen die Moskauer Commerzbank und gegen Strousberg ist nunmehr, wie aus Moskau gemeldet wird, soweit vorgerückt, daß die von dem Untersuchungsrichter angestrengte Voruntersuchung geschlossen ist und die Acten dem Staatsanwalt Obninsky übergeben sind. Wie monströs dieses Untersuchungsmaterial ist, läßt sich schon daraus schließen, daß die für die Geschworenen, die Richter und die Vertheidiger gedruckten Exemplare dieser Acten je 4 Bände à 500 Seiten enggedruckter Schrift umfassen. Es ist bereits ersichtlich, daß gegen Strousberg von allen Anklagepunkten sich nur die einfache Wechselklage (über 165,000 Rubel) begründen läßt und daß der ganze Aufwand von Inquirirungen, der gegen diesen Schuldner in Scene gesetzt ist, damit schließen wird, daß er zwangsweise aus Rußland exmittirt werden und ihm die Rückkehr verboten werden wird. In der Voruntersuchung hat Strousberg selbst erklärt, daß die von ihm der Moskauer Bank in Depot gegebenen Actien der deutsch-böhmischen Eisenwerke, sowie der Paris-Narbonner Eisenbahn gegenwärtig allerdings und zum Theil in Folge seiner Inhaftirung Maculatur geworden seien; es sei aber die Sache der Bank gewesen, den Werth der als Sicherheit von ihm deponirten Papiere zu prüfen; damals hätten sie aber den dreifachen Werth der ihm dargeliehenen Summen gehabt. Strousberg wohnt gegenwärtig in Moskau in einem Privathause an der Srjetenka und hat vollständig freien Verkehr mit seiner Frau und seinen Bekannten.

Berliner Börse vom 25. März 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,35 bz
do. do.	2 M.	3	168,56 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3½	20,39 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	81,20 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	263,25 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	265,36 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	175,20 bz
do. do.	2 M.	4½	174,10 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½ % consol.	4½	106,10 bz
do. 4%ige	4	99,75 bz
Staats-Schuldscheine	3½	93,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	131,50 etbzB
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,80 bz
Pfandbr. Berliner	4½	101,60 bz
Pfandbr. Pommersche	3½	84,90 bz
Pfandbr. Posensche neue	4	94,60 bz
Pfandbr. Schlesische	3½	85,50 bzG
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	98,00 bz
Rentenbriefe Pommersche	4	97,00 G
Rentenbriefe Posensche	4	96,75 bz
Rentenbriefe Preussische	4	97,00 G
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	99,25 G
Rentenbriefe Sächsische	4	98,90 bz
Rentenbriefe Schlesische	4	97,40 G
Badische Präm.-Anl.	4	121,90 B
Baierische 4% Anleihe	4	121,50 bz
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	109,10 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 256,90 B
Badische 35 Fl.-Loose 138,00 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,50 B
Oldenburger Loose 138,40 B

Ducaten 9,55 bz	Fremd. Bkn. 99,85 bz
Sover. 20,45 G	einl. i. Leip. 81,30 bz
Napoleons 16,25 bz	Oest. Bkn. 176,00 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 266,15 bz
Dollars 4,16 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	101,20 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99,00 bzG
do. do.	5	100,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,25 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	106,50 G
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,35 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	99,90 bzG
Hyp.-Anth. Nord.-G. C. B	5	101,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,50 G
do. do. II. Em.	5	101,00 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,40 bz
do. do. II. Em.	5	106,10 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	103,90 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	96,10 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	103,90 B
Oest. Silberpfandbr.	5½	59,00 bz
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	88,75 bz
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,00 G
do. do.	4½	94,00 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,25 bzG
do. do. 4½ %	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	61,90 bz
(1./1. 1./7. u. 1./4. 1./10.)		[1./4. 1./10. 61,75 bG
do. Papierrente	4⅕	59,00 bzB
(1./2. 1./8. u. 1./5. 1./11.)		[1./5. 1./11. 58,80 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	103,80 B
do. Lott.-Anl. v. 60	5	116,60 bz
do. Credit-Loose	—	339,00 B
do. 64er Loose	—	282,00 G
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	179,00 bz
do. do. 1866	5	175,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	86,80 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	87,30 bz
Poln. Pfdbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68,70 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,30 G
do. do. 1885	6	104,80 bzG
do. 5% Anleihe	5	101,60 bz
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,00 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	101,00 G
Raab-Grazer 100 Thlr.-L.	4	75,75 B
Rumänische Anleihe	8	102,90 bz
Türkische Anleihe	5	16,70 B
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	71,50 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose 49,50 bz
Finnische 10 Thlr.-Loose 40,10 G
Türken-Loose 37,70 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,40 bz
do. do. VI.	4½	96,90 G
do. Hess. Nordbahn	5	102,90 bz
Berlin-Görlitz	5	102,40 bz
do.	4½	93,25 G
do. Lit. C.	4½	91,50 bz
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	96,75 bzG
do. do. E.	4½	95,25 bzG
do. do. F.	4½	95,25 bzG
do. do. G.	4½	—
do. do. H.	4½	91,60 G
do. do. J.	4½	— —
do. do. K.	4½	89,10 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	90,40 B
do. Lit. B.	4½	99,75 G
do. IV.	4	92,20 bzG
do. V.	4	90,25 G
Halle-Sorau-Guben	5	93,00 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	94 B
Märkisch-Posener	5	—
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,25 B
do. do. II. Ser.	4	96,25 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,25 B
do. do. III. Ser.	4	96,00 bzB
Oberschles. A.	4	—
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,75 G
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	101,00 bzB
do. von 1869	5	103,60 G
do. von 1873	4	— —
do. von 1874	4½	98 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,75 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	102,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	103,50 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	98 bz
Chemnitz-Komotau	5	24,10 G
Dux-Bodenbach	5	57,25 bzB
do. II. Emission	5	47,00 bz
Prag-Dux	fr.	19,50 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	81,50 bz
do. do. neue	5	78,00 bzB
Kaschau-Oderberg	5	60,75 bzG
Ung. Nordostbahn	5	57,10 bz
Ung. Ostbahn	5	56,80 bz
Lemberg-Czernowitz	5	64,20 bz
do. do. II.	5	68,50 etbzG
do. do. III.	5	59,90 bz
Mährische Grenzbahn	5	62,50 B
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	23,50 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	67,50 bzG
Oesterr.-Französische	3	320,40 bz
do. do. II.	3	304,00 G
do. südl. Staatsbahn	3	239,75 bzB
do. neue	3	240,50 bz
do. Obligationen	5	78,50 bz
Warschau-Wien II.	5	96,25 G
do. III.	5	93,00 bzG
do. IV.	5	92,30 bz
do. V.	5	88,50 bz

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	—	4	24 bz
Berg.-Märkische	3	—	4	82,75 bz
Berlin-Anhalt	8½	—	4	116,90 bz
Berlin-Dresden	5	—	5	30 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	43,50 bzG
Berlin-Hamburg	12½	—	4	172 bz
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb.	1½	—	4	77,75 bz
Berlin-Stettin	9¹⁄₂₀	—	4	120,75 bzB
Böhm. Westbahn	5	5	5	75,25 bzG
Breslau-Freib.	7½	—	4	81,25 bzG
Cöln-Minden	6⁹⁄₂₀	—	4	103,25 bz
do. Lit. B.	5	5	5	97,20 bz
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	11 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	—	4	82,75-50 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	13 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	4	17 bzG
Kaschau-Oderberg	5	—	5	47,60 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	51,70 bzB
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	177,75 bz
Märk.-Posener	0	—	4	22,60 bz
Magdeb.-Halberst.	3	—	4	67,90 bzB
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	235 bz
do. Lit. B.	4	4	4	94,25 bzG
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	100,10 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98,25 bz
Oberschl. A. C. D. E.	12	—	3½	143,50 bz
do. B.	12	—	3½	133,25 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	—	4	483-82,50 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	230 B
Oest. Südb. (Lomb.)	1½	—	4	180-79,50 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	28,90 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	8½	—	4	107,25 bz
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	55 bz
Rheinische	8	—	4	116,75 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	92,50 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	15,75 bz
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	25,10 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	17,40 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101 bzG
Thüringer Lit. A.	7½	—	4	116 bzG
Warschau-Wien	10	—	4	205,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	—	5	82,25 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	28,50 B
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	21,30 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	36 bz
Kohlfurt-Falkenb.	2½	—	5	43,50 bzG
Märkisch-Posener	0	—	5	86,25 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	62,10 bz
do. Lit. C.	5	5	5	90,25 bzG
Ostpr. Südbahn	3½	—	5	76 bzG
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	8½	—	5	109,60 bzG
Rumänier	8	8	8	81,75 bzB
Saal-Bahn	2½	0	5	28,75 bz
Weimar-Gera	5	—	5	28,75 B

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	5	0	4	conv. 24 G
Anglo Deutsche Bk.	0	3	4	57 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	17,7	4	188 G
Berl. Handels.-Ges.	7	5	4	90 bzG
do. Prod.-u. Hdls.-B.	10½	5½	4	83,80 bzG
Braunschw. Bank	7½	6⅔	4	94 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	—	4	62,50 bzG
Bresl. Maklerbank	0	—	4	— —
Bresl. Makl. Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	66,75 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	2½	4	66 bzG
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	116 bzB
Darmst. Creditbk.	10	6	4	109,50 bzG
Darmst. Zettelbk.	8½	5¼	4	95 G
Deutsche Bank	5	—	4	77,60 G
do. Reichsbank	—	—	4½	157,50 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	93,25 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	12	—	4	125,75 bzG
Genossensch.-Bank.	6	5½	4	93 B
do. junge	6	5½	4	94,75 G
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	14,50 bz
Goth. Grundcredb.	9	—	4	107,25 B
Hamb. Vereins.-B.	11⅑	9⁴⁄₉	4	117 G
Hannov. Bank	6⅔	6⁷⁄₁₅	4	101,75 G
Königsb. Ver.-Bank	5⅔	5¼	4	92 bzB
Ludw.-B. Kwilecki	6½	—	4	60,50 bz
Leipz. Cred.-Anst.	9½	7	4	119,90 bz
Luxemburg. Bank	8	6½	4	105,75 G
Magdeburger do.	6½	5½	4	103 B
Meininger do.	4	—	4	79,50 G
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	— —
Nordd. Bank	10	6¾	4	129 B
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	101,25 bzG
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	54 B
Oest. Cred.-Actien	6½	—	4	286-87 bz
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	98,50 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	97 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	118,90 bzG
Sächs. Bank	10⅔	10	4	120,25 bzG
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	81 G
Schl. Bank-Verein	6	—	4	92 G
Schl. Vereinsbank	5	—	4	87,25 B
Thüringer Bank	5	—	4	76 bzG
Weimar. Bank	5½	0	4	56,90 bzG
Wiener Unionsb.	5	—	4	118 B

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	87 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	80 bzG
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	5,50 B
Berl. Prod.-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	42,50 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do. Hand. u. Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos	0	—	fr.	92,50 bzG
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	78,75 bz
Hessische Bank	0	—	fr.	56 B
Hannov. Disc.-Bk.	0	—	fr.	88,50 G
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	6	—	fr.	84 G
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	49 B
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	— —
Schl. Centralbank	2	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	7,50 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd.-A.	7½	—	fr.	124,50 bzG
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	14,50 bzG
do. Reichs-u. Co.-E.	4	—	4	69,60 bzG
Märk. Sch. Masch. G.	0	—	4	18 bzG
Nordd. Gummifab.	5½	—	4	50 bzG
do. Papierfabr.	4	—	4	15 B
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	4,40 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅘	18	4	126 B
Schles. Feuervers.	17	20	4	630 G
Donnersmarkhütte	4	—	4	18 G
Dortm. Union	0	—	4	10 G
Königs- u. Laurah.	10	—	4	58,10 bz
Lauchhammer	0	—	4	21,10 G
Marienhütte	7½	—	4	65,25 bz
Moritzhütte	0	—	4	33 G
OSchl. Eisenwerke	3	—	4	5 G
Redenhütte	0	—	4	3 bzP
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	16,25 bzG
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	87 bzB
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90 B
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	51,50 bzG
Vorwärtshütte	1	—	4	19 G
Baltischer Lloyd	0	—	4	37,60 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	50 B
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	45,50 bzB
Erdm. Spinnerei	4	—	4	24 G
Görlitz. Eisenb.-B.	2½	—	4	43 G
Hoffm's Wag.-Fabr.	0	—	4	12,75 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	0	4	28 etbzG
Schl. Leinenind.	7½	—	4	86 bzB
S. Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	—	4	19 B
Schl. Tuchfabrik	0	—	4	— —
do. Wagenb.-Anst.	0	0	fr.	2 B [82G
Schl. Wellw.-Fabr.	0	—	4	27 G conv.
Wilhelmshütte M.A.	4	—	4	60 G

Middlesbro'-on-Tees, 21. März. [Eisenbericht von C. C. Muller, vertreten durch M. J. Ullrich in Breslau.] Die Verschiffungen von Roheisen sind in diesem Monate bis jetzt viel geringer gewesen, als man erwartete. Dies ist einestheils der späteren Eröffnung der Saison zuzuschreiben, besonders jedoch dem Umstande, daß alle Verschiffungen nach den Nordseehäfen in Folge der großen Ueberschwemmungen, welche nicht den Weitertransport nach dem Inlande zulassen, haben suspendirt werden müssen. Man erwartet daher, daß die Vorräthe in diesem Monate hier wieder etwas zunehmen werden, und war zufolge dessen unser heutiger Markt flau.

Gute Verschiffungsmarken Nr. 3 wurden zu 48 S. 6 P., weniger gangbare Marken zu 48 S. per Ton loco Werk gehandelt, jedoch nur für Lieferung pro März, April und Mai. Mit Eintritt günstigeren Wetters werden die Verschiffungen jedenfalls bedeutend an Ausdehnung gewinnen, und da wir bei Preisen angelangt sind, die bei den jetzigen Productionsverhältnissen keine wesentliche Marge zu einem weiteren Sinken lassen können, so ist es wohl möglich, daß sich Roheisenpreise bald wieder erholen werden. Indessen liegt das Geschäft im Allgemeinen doch so, daß auf eine bedeutende Steigerung kaum gerechnet werden kann.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 26. März, Nachmittags 1 Uhr. [Privatverkehr.] Creditactien 286, 50 à 288, 00 à 287, 50, pr. April 285, 00 à 284, 50 à 286 00, Franzosen 476, 50 à 475, 50, pr. April 474, 50 à 473, 00 à 473, 50, Lombarden 178, 50, à 179, 50 à 179, 00, pr. April 177, 50 à 178, 00, 1860er Loose 109, 60, Silberrente 61 75, Papierrente 58, 80, Italiener 71, 00, 5pCt. Türken 16 00, Rumänier 25, 30, Köln-Mindener Bahn 103, 25, Bergisch-Märkische 83, 00 à 83, 25 à 83, 10, Rheinische 116, 75 à 117, 00 à 116, 80, Galizier 82, 60, pr. April 82, 25, Laurahütte 58, 25, Darmstädter Bank 109, 75, Disconto-Commandit 125, 50, Reichsbank 157, 60. Ziemlich fest. Deckungskäufe. Franzosen matt.

Der Schluß des Sonntagsverkehrs erfolgt mit dem heutigen Tage.

Hamburg, 25. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115⅛, Silberrente 61⅞, Credit-Actien 142½, Nordwestbahn —, 1860er Loose 110, Franzosen 596, Lombarden 222½, Ital. Rente 70½, Vereinsbank 117¾, Laurahütte 57, Commerzbank 88½, do. II. Emission —, —, Provinzial-Disconto —, Norddeutsche 127¾, Anglo-deutsche 56, Internationale Bank 86½, Amerikaner de 1885 —, Köln-Mindener St.-A. 102¾, Rheinische Eisenbahn do. 116¾, Bergisch-Märkische do. 82½, Disconto 2¾ pCt. — Matt.

Hamburg, 25. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine flau. Roggen loco behauptet, auf Termine matt. Weizen pr. März 205½ Br., 204½ Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 208½ Br., 207½ Gd. Roggen pr. März 150 Br., 148 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 153 Br., 152 Gd. Hafer gefragt. Gerste matt. Rüböl flau, loco 61, pr. Mai 58½, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 61. Spiritus still, pr. März 34¾, pr. April-Mai 34¾, per Juni-Juli 35¼, per Juli-Aug. per 100 Liter 100% 36½. Kaffee lebhaft, Umsatz 4000 Sack. Petroleum steigend, Standard white loco 12, 30 Br., 12, 20 Gd., per März 12, 20 Gd., per August-December 12, 50 Gd. — Wetter: Schön.

Hamburg, 26. März, Nachmittags. [Privat-Verkehr.] Silberrente 62, Lombarden per April 222 Br., Creditactien per April 143¼, Franzosen per April 593, Anglo-Deutsche Bank 56, Rheinische Bahn per April 117⅛, Bergisch-Märkische Bahn per April 83, Köln-Mindener 103, Laurahütte 57½. Unentschieden.

Wien, 26. März. [Privatverkehr.] (Schluß.) Oesterr. Credit-Actien 163, 25. Franzosen 271, 00. Galizier 186, 50. Anglo-Austrian —, —. Unionbank —, —. Lombarden 103, 25. Silberrente —, —, Papierrente —, —. Napoleonsd'or 9, 30. Ungarische Loose 142, 50. Egyptier 113, 50. Nordwestbahn 133, 00. Fest, Schluß in Folge Rückgang von ungarischem Credit schwächer.

Liverpool, 25. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Fest. Tagesimport 2000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 25. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. Zu vollen Preisen gehandelt. Amerikanische Ankünfte $\frac{1}{32}$ höher.

Middl. Orleans $6\frac{13}{16}$, middl. amerikanische $6\frac{9}{16}$, fair Dhollerah $4\frac{11}{16}$, middl. fair Dhollerah $4\frac{7}{16}$, good middl. Dhollerah 4¼, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 4⅛, good fair Broach 5, new fair Oomra 4¾, good fair Oomra 5⅛, fair Madras $4\frac{5}{16}$, fair Pernam 7, fair Smyrna 5⅝, fair Egyptian 6½.

Antwerpen, 25. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer sich bessernd. Gerste ruhig.

Antwerpen, 25. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 31 bez., 31¼ Br., per März 31 bez., 31¼ Br., per April 30½ bez., 30¾ Br., pr. September 31½ Br., per September-December 32 Br. Steigend.

Bremen, 25. März, Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standart white loco und pr. März 12, 50, pr. April-Mai 12, 35, pr. September-October 12, 75. Fest.

Breslau, 27. März, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide sehr fest, bei mäßigem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen, zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 16,10 bis 18,40—20,10 Mark, gelber 16,00—17,50 bis 19,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, höhere Forderungen erschwerten den Umsatz, per 100 Kilogr. 14,00 bis 15,00 bis 16,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, feine Qualitäten mehr beachtet, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 15,40—16,60—18,00 Mark feinster über Notiz.

Mais gute Kauflust, per 100 Kilogr. 11,00 bis 12,00 Mark.

Erbsen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen gut behauptet, per 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mk.

Lupinen, nur feine trockene Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,30 Mark blaue 9,50—11,40 Mark.

Wicken schwach gefragt, per 100 Kilogr. 18,00—19,00—21,00 Mark.

Oelsaaten ohne Frage.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	28	50	27	50	25	50
Winterrübsen	27	50	26	50	24	50
Sommerrübsen	29	—	28	—	27	—
Leindotter	26	—	25	—	24	—

Rapskuchen mehr beachtet, pr. 50 Kilogr. 7,30—7,60 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen schwach zugeführt, rother sehr fest, pr. 50 Kilogr. 57—63 bis 65—70 Mark, weißer ohne Umsatz, pr. 50 Kilogr. 82—92—95—100 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee sehr fest, pr. 50 Kilogr. 32—33—38 Mark.

Mehl in fester Haltung, pr. 100 Klgr. Weizen fein alt 29,75 bis 30,75 Mark, neu 27—27,75 Mark, Roggen fein 26—27 Mark, Hausbacken 25,00—26,00 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 25. 26.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	329''',95	328''',30	326''',13
Luftwärme	+ 5°,3	+ 2°,6	+ 1°,3
Dunstdruck	1''',68	1''',95	2''',15
Dunstsättigung	52 pCt.	77 pCt.	96 pCt.
Wind	O. 1	NO. 2	O. 1
Wetter	bedeckt.	trübe.	bedeckt, Regen.

März 26. 27.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	324''',91	325''',10	326''',91
Luftwärme	+ 6°,1	+ 4°,1	+ 0°,5
Dunstdruck	3''',12	2''',88	1''',88
Dunstsättigung	91 pCt.	100 pCt.	90 pCt.
Wind	SO. 1	W. 1	W. 3
Wetter	bedeckt, Regen.	trübe, Nebel.	bedeckt, Schnee.

Breslau, 27. März. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 24 Cm. U.-P. 1 M. 50 Cm.

Am 24. d. Mts. verschied plötzlich am Gehirnschlage der Lehrer und Organist

Herr Ernst Lohde.

Die seltene Pflichttreue, mit der der Dahingeschiedene 19 Jahre hindurch an der hiesigen evangelischen Stadtschule als Lehrer gewirkt hat und die schönen Erfolge, welche derselbe in seinem mühevollen und schweren Berufe stets erzielte, sichern ihm ein dauerndes und ehrenvolles Andenken in hiesiger Stadt! Friede seiner Asche! [1288]

Namslau, den 25. März 1876.

Die städtischen Behörden.
J. A.: **Berger.**

Stadt-Theater.

Montag, den 27. März. Außer Abonnement. Drittes Gastspiel der königl. sächsischen Hofschauspielerin Fräul. **Pauline Ulrich.** Zum 2. Male: **„Arria und Messalina."** Trauerspiel in 5 Acten von A. Wilbrandt. (Messalina, Frl. **Pauline Ulrich.**)

Lobe-Theater.

Montag. Z. 8. M.: **„Ferréol."** Schauspiel in 4 Acten von V. Sardou.
Dinstag. Erstes Gastspiel des Herrn **Theodor Lobe.** **„Nathan der Weise."** Dramatisches Gedicht in 5 Acten von Lessing. (Nathan, Herr **Theodor Lobe.**)

Breslauer Disconto-Bank Friedenthal & Co.

Der unterzeichnete Aufsichtsrath beehrt sich die Herren Commanditisten zur

sechsten ordentlichen General-Versammlung
auf Montag, den 24. April 1876, Nachmittags 4 Uhr,
im kleinen Saale der neuen Börse ergebenst einzuladen.

Tages-Ordnung.

Außer den im § 37 des Statuts bezeichneten Gegenständen

1) Die Festsetzung der Dividende für das Jahr 1875,
2) Antrag des Aufsichts-Raths und der persönlich haftenden Gesellschafter auf Abänderung des § 49 des Statuts,
3) Antrag eines Commanditisten, betreffend die Abänderung der §§ 40, 41, 45 des Statuts.

Die Legitimation zur Stimmberechtigung in der General-Versammlung kann nur in der in den §§ 40—42 des Statuts vorgeschriebenen Weise geführt werden.

Die Actien sind im Geschäfts-Locale der Gesellschaft, Junkernstraße 2 hierselbst, spätestens am 10. April d. J. zu deponiren und wird die Hinterlegung der Depotscheine der Reichsbank-Hauptstellen als genügender Beweis des Actienbesitzes angesehen.

Breslau, den 24. März 1876.

Der Aufsichtsrath.
Heinrich Heimann. **Leo Molinari.**

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.